



Was ist neu am Instrument einer „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“?

Berücksichtigung von Wechselwirkungen

Neu ist der Ansatz, die einzelnen Handlungsfelder nicht getrennt als „Fachplanungen“ sondern in der Gesamtheit der öffentlichen Infrastrukturangebote zu behandeln. So führen Schulschließungen oft zu einer Reduzierung des Nahverkehrsangebots und damit zu einer Verschlechterung der Erreichbarkeit der verbliebenen Infrastrukturangebote wie Kindergärten, Arztpraxen oder Beratungseinrichtungen.

Breite Beteiligung

Neu ist zudem, die ausgewählten Themenfelder mit einem möglichst breiten Personenkreis – auch außerhalb der Verwaltung – zu diskutieren und diese Diskussion mit detaillierten Szenarienberechnungen zu unterlegen.

Längerer Planungshorizont

Neu ist ebenfalls die bewusst weit gefasste zeitliche Perspektive. So geht ein Planungshorizont von etwa 20 Jahren weit über den Gültigkeitszeitraum vieler Fachplanungen hinaus, unterstreicht aber zugleich die vorausschauende, voraus denkende Ausrichtung einer Regionalstrategie.

Regionale Lösungen

Neu ist darüber hinaus der regionale Ansatz der Strategie. So werden die künftigen Anpassungsmaßnahmen nicht nur innerhalb einer Gemeinde diskutiert, sondern Lösungen für die Gesamregion gemeinsam gesucht. Neue Lösungen zur Anpassung können auch den gemeinsamen Betrieb von Einrichtungen oder eine gegenseitige Ergänzung der Angebote – statt der sonst üblichen Konkurrenz – umfassen.

Arbeiten in Szenarien



Kontakt

Projektleitung

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)
Hanno Osenberg
Tel.: (030) 2008 6150
hanno.osenberg@bmvbs.bund.de

Wissenschaftliche Begleitung

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Martin Spangenberg
Tel.: (0228) 99401 2235
martin.spangenberg@bbr.bund.de

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) ist eine Ressortforschungseinrichtung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS).

Forschungsassistenz

Hochschule Neubrandenburg
Prof. Dr. Peter Dehne
Johann Kaether
Tel.: (0 395) 5693 4703
kaether@hs-nb.de

Weitere Informationen

www.bbsr.bund.de
www.regionale-daseinsvorsorge.de

Über die Idee, die methodischen Aspekte sowie praktische Beispiele informiert auch der Leitfaden „Regionalstrategie Daseinsvorsorge - Denkanstöße für die Praxis“, der im Internetangebot zum Aktionsprogramm heruntergeladen werden kann.

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Gestaltung und Satz

Hochschule Neubrandenburg

Druck

Steffen GmbH, Friedland/Meckl.

Bildnachweis

Göran Gaudschun

Stand

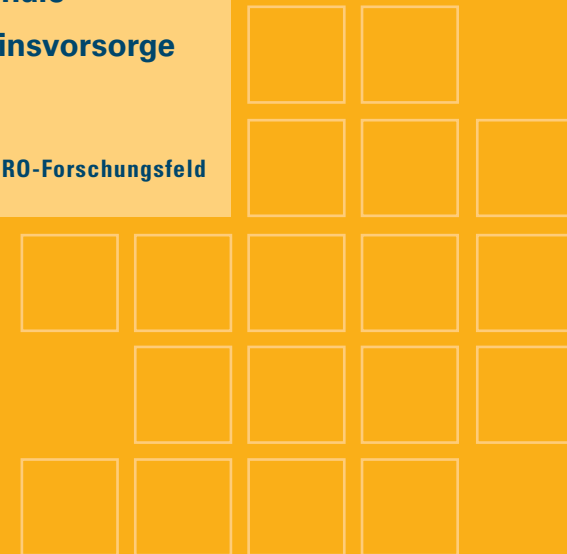
Juni 2011

Aktionsprogramm

regionale

Daseinsvorsorge

Ein MORO-Forschungsfeld



Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) ist ein Forschungsprogramm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), betreut vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge

Das Aktionsprogramm soll bis zu 30 ausgewählte Modellregionen (in ländlichen Räumen) darin unterstützen, sich innovativ den infrastrukturellen Herausforderungen des demografischen Wandels zu stellen und mit einer Regionalstrategie Daseinsvorsorge erforderliche Infrastrukturanpassungen vorausschauend und kooperativ zu gestalten.

Durchgeführt als Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) setzt das Aktionsprogramm damit einen Schwerpunkt innerhalb der „Initiative ländliche Infrastruktur“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

20 bis 30 ausgewählte Modellregionen erhalten in den Jahren 2012/2013 eine finanzielle Zuwendung, je nach Umfang der Planungen zwischen 60.000 und 180.000 Euro, um eine Regionalstrategie zur Sicherung der Daseinsvorsorge anzuwenden. Für die Regionen, die ihre Strategie besonders engagiert gestalten und aus den Ergebnissen umsetzungsreife Innovationen entwickeln, sind im Jahr 2014 weitere Mittel für Anschlussprojekte vorgesehen.

Flankiert wird das Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge durch verschiedene Meilensteine wie Demografiekongresse und Themenforen.

Regionalstrategie Daseinsvorsorge

Die Regionalstrategie Daseinsvorsorge ist ein Instrument für jene ländlich strukturierten Regionen, in denen die Grundversorgung mit unverzichtbaren örtlichen Leistungsangeboten wie Schulen, Kindergärten, Gesundheits- und Beratungseinrichtungen, ÖPNV, Straßen und technischer Ver- und Entsorgung gefährdet ist, weil die Bevölkerung stark abnimmt oder altert und so wichtige Auslastungsschwellen unterschritten werden. Sie hat sich unter dem Namen „Masterplan Daseinsvorsorge“ bereits in einigen Modellregionen als Instrument praktisch bewährt.

Bei der Entwicklung einer Regionalstrategie geht es darum, die vielfältigen Bereiche der technischen und sozialen Infrastruktur in Zusammenarbeit mit Bevölkerung, Kommunalpolitik und Trägern der Daseinsvorsorge an die Herausforderungen des demografischen Wandels anzupassen und drohende Angebotseinschränkungen abzuwenden oder zumindest auf ein Minimum zu reduzieren. Es handelt sich dabei vorrangig um einen diskursiven Prozess, den Landkreise, Regionen oder interkommunale Kooperationen initiieren, um sich zusammen mit der interessierten Bevölkerung,

öffentlichen und privaten Trägern der Daseinsvorsorge und den Kommunen systematisch mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die verschiedenen Infrastrukturbereiche der Daseinsvorsorge auseinanderzusetzen, Szenarien und Anpassungsstrategien zu entwickeln und deren Umsetzung politisch und organisatorisch sicherzustellen.

Die einzelnen Themenfelder bzw. Infrastrukturbereiche der Daseinsvorsorge werden jeweils in Arbeitsgruppen unter Teilnahme von Experten aus den Verwaltungen und Vertretern von Institutionen, Vereinen und Verbänden bearbeitet. Durch die Bearbeitung in Arbeitsgruppen können weitreichende Folgen von Anpassungsstrategien (z. B. die Schließung

von Einrichtungen, die Initiierung von Prozessen zur Veränderung gesetzlicher Rahmenbedingungen oder die Veränderung von Organisationsstrukturen) offen diskutiert werden.

Die verstärkte Zusammenarbeit öffentlicher und privater Akteure sowie eine aktive Beteiligung der interessierten Öffentlichkeit erhöht die Chancen, neue Lösungsansätze zu finden. Bürgerbeteiligung verbessert zudem die Akzeptanz der Ergebnisse und ist eine wichtige Voraussetzung für die Einbeziehung bürgerschaftlichen Engagements.

Ablauf Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge

